

## **"Bürgerarbeit" zu Armutslöhnen**

### **Verhinderte Bundespräsidentin serviert alten Wein in neuen Schläuchen**

Langzeitarbeitslose sollen künftig verstärkt "Bürgerarbeit" verrichten. Diese Drohung von Bundesarbeitsministerin Ursula van der Leyen geriet durch ihren kompetenhaften Fast-Aufstieg zur Bundespräsidentin aus den Schlagzeilen. Damit verliert sie allerdings nichts von ihrer Brisanz: Erwerbslose sollen nach den Vorstellungen der nun weiteramtierenden Bundesarbeitsministerin "Senioren beim Einkaufen zur Hand gehen oder Straßen von Unrat säubern". Von der Leyen verwirklicht auch nur die Koalitionsvereinbarung der lädierten Bundesregierung, in der es u. a. heißt: "Die Koalition wird deshalb Voraussetzungen dafür schaffen, dass neue Lösungsansätze wie z. B. die 'Bürgerarbeit' oder marktgerecht ausgestaltete Vermittlungsgutscheine ab Beginn der Arbeitslosigkeit erprobt werden können." Bis zu 33 000 Hartz-IV-Empfänger will von der Leyen so aus der staatlichen Unterstützung herausholen.

Das ist die erste Ungereimtheit: Denn ein Einstieg in ein selbstfinanziertes Leben ist für 900 Euro brutto monatlich wohl kaum zu haben. Soll es auch gar nicht. Denn zusätzliche "Kosten" sollen nicht entstehen, das Entgelt soll letztendlich nicht mehr als den Hartz-IV-Regelsatz zusätzlich der Kosten der Unterkunft ausmachen.

Zum 1. Juli soll das in Modellversuchen bereits praktizierte Projekt starten. "Hier geht es um diejenigen, die ganz miserable Chancen haben, einen regulären Job zu finden. Jeder bekommt eine Chance. Das zeigt, dass wir es ernst meinen mit dem Arbeitsangebot", wird von der Leyen zitiert.

### **Einstieg in den Arbeitsmarkt?**

Der im Jahre 2006 initiierte erste Flächenversuch des Projektes Bürgerarbeit geht auf ein von der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit und der Landesregierung Sachsen-Anhalt entwickeltes Konzept zurück. Die Initiatoren gingen davon aus, dass selbst bei einer günstigen konjunkturellen Entwicklung "eine große Zahl an Arbeitssuchenden nicht mehr in den Arbeitsmarkt einmünden wird", heißt es im Endbericht des Projektes Bürgerarbeit im ersten Flächenversuch in der Stadt Bad Schmiedeberg. Damit entlarven sich die Organisatoren selbst: Diese "Bürgerarbeit" ist kein Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt, sondern der Weg in eine Sackgasse, ohne irgendwelche Perspektiven.

Es ist die Sackgasse wie "Ein-Euro-Jobs", auch Zusatzjobs genannt. Denn: "Zusatzjobs wirken sich für die Teilnehmer insgesamt in den ersten Monaten nach Teilnahmebeginn zunächst nachteilig auf die Chance aus einer regulären Beschäftigung nachzugehen", heißt es in der aktuell erschienenen Untersuchung des Instituts für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) im IAB-Kurzbericht 4/2010, der die Erfahrungen mit den sogenannten "Ein-Euro-Jobs" betrachtet. "Für westdeutsche Männer liegt zu diesem Zeitpunkt der Anteil der regulär

Beschäftigten um etwas mehr als einen (! - Das ist ja wohl eine Erfolgsstory, WS) Prozentpunkt höher als bei den Kontrollpersonen. Für ostdeutsche Männer lassen sich gegen Ende dieses Beobachtungsfensters hingegen keine Eingliederungswirkungen der Maßnahme nachweisen." Diese Erfolglosigkeit ist kein Zufall, sondern logisch: Denn wenn die Unternehmen nicht einstellen, werden sie weder Kurz- noch Langzeitarbeitslose einstellen. Und da sich mit der "Bürgerarbeit" auch keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld I erwerben lassen, ist nach Ablauf dieser Episode wieder Hartz-IV-Bezug die Realität. Von irgendeiner "Nachhaltigkeit" also keine Spur.

### **Verdrängung regulärer Beschäftigung**

Von der Verdrängung regulärer Beschäftigungsverhältnisse durch "Ein-Euro-Jobs" hat die UZ mehrfach berichtet, die Gewerkschaften haben diesen Effekt kritisiert, selbst die Bundesanstalt für Arbeit benennt diese Gefahr. Vor diesem Hintergrund ist die Aussage einer Ministeriumssprecherin eine Leerphrase, dass die Bürgerarbeit "zusätzlich sein" müsse und "keine reguläre Arbeit verdrängen" dürfe.

"Der Verdrängungseffekt durch großformatige Bürgerarbeit darf ordnungspolitisch nicht unterschätzt werden. Bei der Bürgerarbeit wird mit rund 6,50 Euro ein Bruttostundenlohn gezahlt, der über den Bruttostundenlöhnen einfacher Tätigkeiten in einigen ostdeutschen Branchen liegt. Über kurz oder lang wird sich eine Verlagerung von regulärer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt hin zu den staatlich finanzierten Tätigkeiten in der Bürgerarbeit ergeben - mit erheblichen Folgen für den Arbeitsmarkt und den Fiskus", heißt es in dem bereits zitierten Endbericht aus Bad Schmiedeberg. Das ist dann auch der Grund, warum die von Bund und Ländern ausgesogenen Kommunen das "Bürgergeld"-Projekt beklatschen. So lobte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, die Bürgerarbeit sei der richtige Ansatz, um Arbeitsplätze für ältere und wenig qualifizierte Erwerbslose zu schaffen. Schneefegen, Reinigung der städtischen Grünanlagen und Spielplätze (warum nicht auch der öffentlichen Gebäude wie Schulen oder Rathäuser) durch "Bürgergeldler" anstelle kommunaler Beschäftigter (oder mittlerweiliger Dienstleistungsbetriebe, da privatisiert) bildet natürlich jede Menge Einsparpotential für das Stadtsäckel. Und bereits jetzt klagen Handwerksbetriebe über die staatlich subventionierte Billigkonkurrenz durch die etwa 300 000 Ein-Euro-Jobber. Konkret: Wie soll eine Gartenbaufirma mit regulären Löhnen gegen den Einsatz von "Ein-Euro-Jobbern" auf Friedhöfen konkurrieren?

### **Sozial- und Tarifsysteme sturmreif schießen**

Aufgabe dieses als neu verkauften alten Projektes ist die weitere Schleifung unserer Sozialsysteme. Die psychologische Vorbereitung darauf hat ja diverse Sozialreaktionäre auf den Plan gerufen. "Wir müssen jedem Hartz-IV-Empfänger abverlangen, dass er als Gegenleistung für die staatliche Unterstützung einer Beschäftigung nachgeht, auch niederwertige Arbeit, im Zweifel in einer öffentlichen Beschäftigung", erklärte Roland Koch (CDU) in "Wirtschaftswoche" vom 16. Januar 2010. Guido Westerwelle legte in der "Bild am Sonntag" vom 21. Februar 2010 nach: "Jeder, der jung und gesund ist und keine Angehörigen zu betreuen hat, muss zumutbare Arbeiten annehmen - sei es in Form von gemeinnütziger Arbeit, sei es im Berufsleben, sei es in Form von Weiterbildung."

Die Politik von Kabinett und Kapital setzt sich fort mit der

Diffamierung von Erwerbslosen, mit der Ausweitung des Drucks auf die Noch-Beschäftigten, mit gnadenlosem Lohn- und Sozialdumping. Das findet sich auch wieder in den aktuellen "Sparmaßnahmen" der Bundesregierung. Unter der Überschrift "Einhaltung des Lohnabstandgebotes" geht es um das Abdrängen von Erwerbslosen in eine Situation, dass sie jede Form des Lohndumpings akzeptieren, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen. Ziel ist die weitere Zerschlagung unserer Sozialsysteme. Es ist der Klassenkampf von oben gegen die abhängig Beschäftigten, gegen ihre Betriebsräte und Gewerkschaften. Verstehen wir diese Botschaft richtig und handeln danach!

**Werner Sarbok**

---

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)